

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

8.4.1931 (No. 81)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Verlagskonto:
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigeneinstellung, Auswahlfreier Beibehaltung und Kontostückchen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

Im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland in der Zeit vom 16. bis 31. März 1931.

Die erwartete jahreszeitliche Entlastung des Arbeitsmarktes hat in der zweiten Hälfte des März zwar deutlich, aber viel weniger kräftig als sonst eingeleitet. Die absteigende Kurve der Arbeitslosigkeit zeigt einen ähnlichen flachen Verlauf wie im Krisenfrühjahr 1926. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitslosen hat sich um rund 20 000 Personen auf 311 872 auf 292 260 vermindert. Beteiligt waren an der Abnahme hauptsächlich das Baugewerbe mit 7000 Mann, die Tabakindustrie mit 5000 Personen, sowie die Holzindustrie und das Bekleidungs- und Textilgewerbe mit je 1400 Personen. In den übrigen Berufsgruppen war die Entlastung zahlenmäßig weniger von Bedeutung; eine nennenswerte Zunahme der Arbeitslosenzahl war in keiner Gruppe mehr festzustellen.

Die Inanspruchnahme der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung hat im ganzen eine Entlastung um rund 14 000 Hauptunterstützungsempfänger erfahren, während die Zahl der Krisenunterstützten nochmals um 1600 Personen gestiegen ist. Nach der Statistik der Arbeitsämter war der Stand an unterstützten Arbeitslosen am Schlusse des Monats März folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung:
155 207 Personen (120 274 Männer, 34 933 Frauen),
in der Krisenunterstützung:
42 518 Personen (37 860 Männer, 4 658 Frauen).
Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 12 400 Personen oder um 5,9 v. H.:

von 210 125 Personen (167 254 Männer, 42 871 Frauen)
auf 197 725 Personen (158 134 Männer, 39 591 Frauen);
davon kamen auf Württemberg 85 519 gegen 90 048 und auf Baden 112 206 gegen 120 077 am 14. März 1931.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen Ende März 1931 auf 1000 Einwohner 89,3 Hauptunterstützungsempfänger gegen 91,1 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von Veränderungen in folgenden Berufsgruppen bestimmt:

Die zahlenmäßig größte Entlastung hatte das Baugewerbe zu verzeichnen, in dem 4000 Facharbeiter und 2700 Hilfsarbeiter wieder Beschäftigung fanden. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Baugewerbe beträgt aber immer noch über 56 000 Mann. Diese Zahl ist um 20 000 größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres; sie zeigt deutlich, wie schlecht in diesem Jahre die Aussichten des Baumarktes zu beurteilen sind. In zahlreichen Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge sind 4200 Mann als Hilfsarbeiter beschäftigt.

In der Industrie der Steine und Erden konnten die Steinbrüche mit der teilweise Wiederaufnahme der Arbeiten beginnen. In den Ziegeleibetrieben dagegen herrscht fast überall noch Arbeitsruhe. Die Entlastung des Arbeitsmarktes betrug in der ganzen Berufsgruppe über 800 Mann.

Die Wiederaufnahme der Arbeiten in der Landwirtschaft war durch die frostige Witterung und in den höheren Lagen auch durch Schnee noch gehemmt. Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter war dementsprechend gering. Die Entlastung des Arbeitsmarktes betrug aber immerhin 500 Personen. Die Fortwirtschaft stellte Arbeitskräfte für Pflanzungsarbeiten ein und auch die Gärtnereien waren in geringem Umfang aufnahmefähig.

Im Bergbau hat sich die Lage in der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Braunkohlenindustrie durch Entlassungen bei der Reichspost und bei der Reichsbahn wurde aber eine geringe Entlastung der Arbeitsmarktlage erzielt.

Im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hat die Belegung der Vermittlungstätigkeit für weibliche Kräfte in Saisonstellen angehalten. Auffallend gering aber waren die Anforderungen nach männlichen Kräften.

Im Feinlebensgewerbe war im Hinblick auf Ostern der Bedarf an männlichen und weiblichen Kräften ziemlich stark und auch das Reinigungs- und Putzgewerbe zeigte eine saisonmäßige Belegung. Die Entlastung in der Berufsgruppe Körperpflege und Reinigungsgewerbe betrug 200 Personen.

Die Nachfrage nach Hausgehilfen war ebenfalls sehr lebhaft. Die Arbeitsämter konnten dem Bedarf an Hausmädchen, Wirtschaftlerinnen und Stützen im allgemeinen entsprechen. Sehr groß ist noch das Angebot an mangelhaft ausgebildetem Personal.

Die Arbeitsmarktlage in der Industrie hat in der Berichtszeit zwar keine Verschlechterung mehr erfahren, sie ist aber mit wenigen Ausnahmen noch unverändert schlecht geblieben. Dies gilt vor allem für die Metallindustrie, wo eine Entlastung um 1000 Personen von 52 000 auf 51 000 Arbeitslose noch als ganz unbefriedigend anzusehen ist. In der Gummi- und Porzellanindustrie wurde ein weiteres Sinken des Beschäftigungsgrades beobachtet. Entlassungen wurden gemeldet im Schiffbau, in der Herdfabrikation, in einem Eisenbahnsignalwerk, in einem Messingwerk, in einem Eisenwerk und in der Fabrikation der chirurgischen Instrumente. Im Waggonbau hat die Besserung angehalten und im übrigen war die Entlastung der Arbeitsmarktlage für Metallarbeiter durch saisonmäßige Einflüsse hervorgerufen.

In der chemischen Industrie wurden Entlassungen in der Kunstseidenfabrikation gemeldet.

In der Textilindustrie hat sich die Entspannung der Lage fortgesetzt, fast in allen Branchen konnte ein Anziehen der Beschäftigung festgestellt werden. Die Arbeitslosenzahl ist im Spinnstoffgewerbe um weitere 300 Personen gesunken.

Letzte Nachrichten

Keine Einberufung des Reichstags

W.B. Berlin, 8. April. (Tel.) Im Ältestenrat des Reichstags wurden die Anträge auf Einberufung des Reichstags abgelehnt.

Die Einladung nach England

Am den Zeitpunkt der Besprechung von Chequers

W.B. Berlin, 8. April. (Priv.-Tel.) In Berliner politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit der gestrigen Reuter-Meldung, in der eine wahrscheinliche Verschiebung des Besuchs in Chequers auf Ende Mai angekündigt wurde.

Wie wir erfahren, liegen der Erwägung eines späteren Datums (nach der Genfer Tagung) keine politischen Momente zugrunde. Es ist auch nicht anzunehmen, daß etwa die Verstimmlung, die die englische Einladung in französischen Kreisen hervorgerufen hat, die englische Regierung irgendwie beeinflussen wird. Vielmehr handelt es sich um rein sachliche Zweckmäßigkeitsbetrachtungen über den Termin, die noch keineswegs abgeschlossen sind. Ursprünglich stand der erste Sonntag des Mai im Vordergrund. Es stellte sich dann heraus, daß zwar Henderson zu diesem Zeitpunkt abkömmlich sein, MacDonald dagegen nicht an der Zusammenkunft teilnehmen können. Die englische Regierung schlug deshalb das folgende Wochenende vor. Dieser Zeitpunkt war aber der deutschen Regierung aus mancherlei Gründen nicht genehm. Dabei mag mit eine Rolle gespielt haben, daß der Besuch dann etwas dicht an die Genfer Tagung heranrückte. Die englische Regierung hat darauf vorgeschlagen, die Zusammenkunft unter diesen Umständen doch lieber auf Ende Mai zu verschieben. Aus dieser Entwicklung der Vorbereitungen ergibt sich von selbst, daß alle Vermutungen irgendwelcher politischen Hintergründe des Verschiebungsvorschlages abwegig sind.

Im Augenblick steht auch noch keineswegs fest, ob der Besuch nun tatsächlich erst Ende Mai erfolgt.

Vielleicht dürfte die Reichsregierung jetzt zu entscheiden haben, ob sie nicht doch das zweite Wochenende als den zweckmäßigsten unter den möglichen Terminen wählt. In politischen Kreisen neigt man der Auffassung zu, daß der Kanzler und der Außenminister, die in Baden-Baden unterrichtet worden sind, sich wahrscheinlich für diesen Zeitpunkt entscheiden werden.

Geht Briand nach London?

W.B. Paris, 8. April. (Tel.) Am Quai d'Orsay erklärt man, daß Briand sich noch nicht geäußert habe, ob er der englischen Einladung nach London Folge leisten werde oder nicht. Nach dem „Echo de Paris“ dürfte er sein Verhalten davon abhängig machen, ob der italienische Außenminister Grandi nach London kommt oder nicht. Auch „Deuxième“ vertritt diesen Standpunkt und meint, Grandis Anwesenheit bei der Zusammenkunft in Chequers würde es Briand wesentlich erschweren, der Zusammenkunft fernzubleiben.

Der Berliner Oberbürgermeisterposten

W.B. Berlin, 8. April. (Priv.-Tel.) Der ehemalige Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Sahm, trifft, wie die „B. Z. a. M.“ meldet, im Laufe des heutigen Tages hier zu Verhandlungen ein, die seiner Wahl zum Oberbürgermeister von Berlin gelten. Dr. Sahm hat sich um den Oberbürgermeisterposten der Reichshauptstadt nicht beworben; die Vorbereitungen haben ergeben, daß er eine evtl. Wahl annehmen würde. Die heutigen Verhandlungen sollen den Bedingungen gewidmet sein, unter denen Dr. Sahm zur Übernahme des Postens bereit wäre.

Die im Verein Deutscher Ingenieure und im Bunde Deutscher Architekten zusammengeschlossenen Techniker stellen die Forderung auf, daß der zu wählende zweite Bürgermeister von Berlin ein Techniker sein solle. Sie begründen die Forderung damit, daß die kommunalen Aufgaben der Reichshauptstadt in der Hauptsache technische Aufgaben seien: Städtebau, Hoch- und Tiefbau, Schnellbahnbau und Kraftfahrzeugbau.

In der Papierindustrie hat eine große Zellstofffabrik 350 und eine weitere Zellulosefabrik 60 Arbeitskräfte entlassen.

In der Holzindustrie haben die stillliegenden Sägewerke den Betrieb teilweise wieder aufgenommen. In der Möbelindustrie zeigte sich ebenfalls eine leichte Aufnahmefähigkeit, doch sind andererseits die Entlassungen noch nicht ganz zum Stillstand gekommen.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe betrug die Entlastung des Arbeitsmarktes infolge der fortschreitenden Wiederaufnahme der Arbeit in der Tabakindustrie über 5000 Personen. In der Zuckerindustrie nahmen die Entlassungen ihren saisonmäßigen Fortgang. Auch im Metzgereigewerbe wurden Entlassungen vorgenommen.

Im Bekleidungs- und Textilgewerbe hat sich die Besserung in der Maßschneiderei merklich verstärkt, so daß eine Verringerung der Arbeitslosenzahl um 800 männliche und über 500 weibliche Personen zu verzeichnen ist. Die Lage in der Handschuhfabrikation ist unverändert schlecht geblieben. In der Schuhindustrie arbeitet der größte Betrieb nur 5 Tage in der Woche und in anderen Betrieben ist die Beschäftigung gegen die erste Hälfte des Monats ebenfalls nicht gebessert.

In den Anstelltenberufen konnten für das Ostergeschäft zahlreiche Vermittlungen getätigt werden.

In den anderen Berufs- und Gewerbebezügen sind die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt für die Entwicklung in der Berichtszeit nicht von Bedeutung gewesen.

*Die Vorgänge bei den Nationalsozialisten

Es ist selbstverständlich, daß die politische Öffentlichkeit den inneren Vorgängen in einer Partei, die 107 Abgeordnete ins Reichsparlament entsendet, lebhafteste Aufmerksamkeit schenkt. Zumal es sich hier um eine Partei handelt, die gewissermaßen über Nacht zu dieser Stärke emporgewachsen, so daß also noch niemand zu sagen weiß, ob ihre Existenz wirklich politischen Notwendigkeiten entspricht oder nur als eine Zufallserscheinung angesprochen werden muß.

Solange die Partei allerdings im Besitze großer Parlamentsfraktionen bleibt, solange sie auf eine Anhängerenschaft von Millionen von Wählern rechnen darf, wird man sie durchaus ernst zu nehmen haben. Und selbst tut die Partei agitatorisch gewiß das Menschenmögliche, um sich die ernste Beachtung aller zu erringen. Die letzte Rotverordnung des Reichspräsidenten gehört sicherlich zu den markantesten, wenn auch für die Partei nicht gerade schmeichelhaftesten Beweise dieser Beachtung.

Zu der Frage, ob sich der Nationalsozialismus auf die Dauer als innerpolitischer Machtfaktor halten wird oder nicht, gestellt sich die andere Frage, welches denn nun eigentlich die Ziele des Nationalsozialismus sind. Bis hierher wurde von der nationalsozialistischen Presse die Berechtigung beider Fragen, vor allem aber der zweiten Frage, heftig bestritten. Und, wenn die Fragesteller gar zu dringlich wurden, bedeutete man ihnen, daß diese oder jene Maßnahme, die absolut nicht begriffen werden konnte, und sich im Widerspruch zu gewissen programmatischen Kundgebungen befand, lediglich als Agitationsmittel einer Partei aufzufassen sei, die ja doch einstweilen eine Verantwortung als regierende Partei nicht zu tragen habe. Wie berechtigt indessen doch die Frage nach den Zielen des Nationalsozialismus ist, das zeigen gerade die jetzigen Vorgänge innerhalb der Partei. Denn diese Vorgänge sind ja nur dann zu verstehen, wenn man sie betrachtet als eine innere Auseinandersetzung um das Programm, um die Ziele.

Ein Brief Hitlers, des Führers der Partei, hat über diese Tatsache jede nur wünschenswerte Klarheit geschafft. In diesem Brief wird der Kampf gegen die Berliner Opposition, der Kampf gegen die Stennes-Gruppe, charakterisiert als ein Kampf um die Entrevolutionisierung und Entsozialisierung der Partei. Hitler betont, daß er streng auf legalen Wege bleiben wolle. In einem anderen Brief erklärt er, daß „angesichts der letzten Rotverordnung die große Gefahr bestehe, daß die Absicht der Gegner, die Bewegung zu illegalen Handlungen hinzureißen, verwirklicht und damit die Möglichkeit zu einer Unterdrückung und Auflösung geliefert werden könnte.“ Gegen solche Versuche will sich Hitler mit aller Entschiedenheit wenden; und deshalb hat er, sowie die Rebellion der Stennes-Gruppe bekannt wurde, rücksichtslos Stennes selbst und alle, die sich mit ihm solidarisch erklärten, aus der Partei ausgeschlossen bzw. diejenigen, die sich etwa noch mit Stennes solidarisch erklären wollten, mit dem Ausschluß aus der Partei bedroht.

Am interessantesten ist und bleibt natürlich die Wendung, daß Hitler die Partei entrevolutionisieren und entsozialisieren wolle. Praktisch würde das bedeuten, daß der Flügel der Partei, der von jeher mit sozialistischen und kommunistischen Ideen liebäugelte und in der revolutionären Tat die Hauptaufgabe der Partei erblickte, hinausgedrängt wird. Daß zumal in Berlin ein gewisser „Austauschverkehr“ zwischen kommunistischer und nationalsozialistischer Anhängerenschaft stattgefunden hat, wußte man schon längst. Und es war eine Handlung von symbolischer Bedeutung, daß jüngst der im Reichsgerichtprozess gegen die Ulmer Reichswehrproffiziere verurteilte Leutnant Scheringer, der bisher der nationalsozialistischen Partei angehörte, öffentlich seinen Austritt und seinen Übertritt zum Kommunismus verkündete, mit der Begründung, daß ihm der Nationalsozialismus nicht revolutionär genug sei.

Wir haben in den letzten Monaten zu verschiedenen Malen darauf hingewiesen, wie widerspruchsvoll die nationalsozialistische Politik innerhalb und außerhalb der Parlamente gewesen ist, und wie sehr gerade diese Politik im Reichsparlament dazu beigetragen hat, daß sich andere Parteien, wie das Landvolk, die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei, immer mehr und mehr von dem Gedanken einer etwaigen Korporation mit den Nationalsozialisten abwandten.

Auch der Sturz des Thüringischen Innenministers Dr. Fricke wäre nie Tatsache geworden, wenn der Nationalsozialismus in Thüringen geschickter und — höflicher manövriert hätte. Der Glaube der Nationalsozialisten, ihre Bewegung werde in Wälde alles, was sich heute noch Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei nennt, aufsaugen, mag nun begründet sein oder nicht; solange diese Parteien bestehen und mit den Nationalsozialisten in einer Regierungskoalition zusammen sitzen, können sie wohl verlangen, daß sie so behandelt werden, wie es nun einmal unter gesitteten und zivilisierten Menschen üblich ist.

Inwieweit die Affäre Fricke mit der großen inneren Auseinandersetzung um die Taktik und die Ziele der Partei zusammenhängt, das ist schwer zu sagen. Hitler hat ja vor aller Öffentlichkeit seine Thüringer Parteifreunde und damit auch Herrn Fricke selbst gedeckt und die Schuld allein auf die Deutsche Volkspartei geschoben. Aber auch in Thüringen ist es doch so gewesen, daß lediglich eine Überhöhung der Forderungen, eine in ihren Formen überaus rücksichtslose und verbitterte Agitation die Koalition gesprengt und damit eine Machtposition des Nationalsozialismus vernichtet hat. Wer die letzten Rundgebungen Hitlers genau durchliest, wird finden müssen, daß das Verhalten des Thüringer Nationalsozialismus doch nicht ganz auf der Linie seiner eigenen politischen Bestrebungen liegt.

Soweit sich die Dinge bis heute überblicken lassen, hat in der inneren Auseinandersetzung mit den bolschewistischen Elementen in der Partei Hitler zweifellos gesiegt. Stennes ist allein geblieben auf weiter Flur, und die Zahl seiner offenen Anhänger dürfte nur sehr gering sein. Über die Einzelheiten des Kampfes wird die Öffentlichkeit bald noch mehr erfahren, da Stennes gegen Hitler, Goebbels und noch zwei andere führende Persönlichkeiten aus der Umgebung Hitlers Beleidigungsklagen angestrebt hat.

Mit der Niederwerfung der Stennes-Gruppe ist jedoch die Frage, was denn nun programmatisch die Ziele der Partei sind, noch nicht beantwortet. Und ganz zweifellos wird dadurch, daß über diese Ziele so heftig gestritten werden kann, eine große Unruhe in die Bewegung hineinkommen. Auch am Nationalsozialismus des Herrn Hitler wird sich die Wichtigkeit der alten Erkenntnis bewahren, daß eben eine jede große Partei, wenn sie ihre Anhänger halten und auf die Politik des Landes Einfluß erringen will, mit einem ganz klaren und positiv gerichteten Programm hervortreten muß, mit einem Programm, in welchem vor allem zu den wichtigsten Problemen der Zeit, den Problemen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Natur, Stellung genommen wird.

Vom Standpunkt einer überlegenen Führung der Reichsgeschichte aus gesehen, könnte man es natürlich nur begrüßen, wenn es Hitler gelänge, seine Partei von den revolutionär und bolschewistisch eingestellten Elementen zu säubern. Das bisherige Verhalten Hitlers zeigt, daß er die Notverordnung des Reichspräsidenten sehr ernst auffaßt und seinerseits gewillt ist, sich nach deren Vorschriften zu richten. Jedenfalls hat er nach dem Erscheinen der Notverordnung einen Erlaß herausgegeben, nach welchem innerhalb der einzelnen Gauen alles vermieden werden soll, was geeignet sein könnte, Konflikte mit den legalen Gewalten heraufzubeschwören.

Der lachende Dritte ist einstweilen der Kommunismus. Gaben die Wahlen der letzten Zeit einschließlich der Reichstagswahl schon gezeigt, daß die Sozialdemokratie erhebliche Bruchteile ihrer Wählerschaft an die Kommunisten abgeben mußte, so wird jetzt der Zulauf zum Kommunismus gewiß nicht geringer werden, wenn damit zu rechnen ist, daß soundso viele junge Leute, die bisher dem Nationalsozialismus angehörten, weil sie dort eine Befriedigung ihrer bolschewistischen Wünsche erhofften, nunmehr dieser Partei den Rücken kehren und sich mit Herrn Scheringer dem Kommunismus in die Arme werfen. Die Aufmerksamkeit der öffentlichen Gewalten wird damit ganz von selbst vor allem auf den Kommunismus gelenkt. Und es ist nur zu begreiflich, daß auch in der Presse der dem Reichskanzler nahestehenden Parteien die kommunistische Gefahr zur Zeit als eine besonders drohende Gefahr betrachtet wird.

Stiftung eines Osterreichers. Ein in Berlin ansässiger Osterreicher hat in Anerkennung der geleisteten Arbeit des Reichskanzlers dem Reichskanzler die Summe von 25 000 Reichsmark für Zwecke, deren Förderung Dr. Brüning besonders am Herzen liege, zur Verfügung gestellt.

Uniformverbot im Rheinland. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat folgendes Verbot erlassen: „Auf Grund des § 8 der Notverordnung in Verbindung mit der hierzu erlassenen Ausführungsverordnung des preussischen Innenministers verbiete ich hiermit für die Rheinprovinz bis auf weiteres das Tragen einheitlicher, insbesondere militärischer Parteiuniformen oder Bundeskleidung der NSDAP., ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen, insbesondere der Sturmabteilungen (SA), der Schutzstaffeln und der Hitler-Jugend.“

Verbot kommunistischer Geldsammlungen in Thüringen. Zur Durchführung des von den Kommunisten beantragten Volksbegehrens auf Auflösung des Thüringischen Landtags, hatte die Landtagsfraktion der Kommunisten um Genehmigung zur Veranstaltung öffentlicher Geldsammlungen nachgesucht. Das Thüringische Innenministerium hat erklärt, es könne diesem Antrage nicht stattgeben, da er nur von der kommunistischen Partei, also einseitig gestellt worden sei. Der Grundsatz, daß öffentliche Sammlungen für politische Zwecke nicht genehmigt werden, sei bisher nur in den Fällen durchbrochen worden, wo die Sammeltätigkeit allen politischen Parteien zugute gekommen sei.

Polnisch-russische Industriellenbesprechungen, die für diese Woche in Moskau anberaumt waren, sind für unbestimmte Zeit verlagert worden.

Die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse

Neue Vereinbarungen der Länder

Unter Aufhebung der bisher geschlossenen Vereinbarungen der Länder über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse der Höheren Schulen ist, wie die „Germania“ berichtet, ein neues Abkommen abgeschlossen worden, das sich bezieht auf Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, deutsche Oberschulen und Oberlyzeen.

Die Vereinbarung, die im wesentlichen die bisher schon geltenden Bestimmungen aufrechterhält und zusammenfaßt, spricht aus, daß das Reifezeugnis, das ein Angehöriger des Deutschen Reiches in einem deutschen Lande erworben hat, in einem anderen Lande alle Berechtigungen gewährt, die in beiden Ländern übereinstimmend mit dem Reifezeugnis der Schulgattung verbunden sind. Werden in den Ländern für den Berechtigungsanspruch verschiedene Forderungen gestellt, so ist die Gewährung der weitergehenden Berechtigung von der Entscheidung der Regierung des Landes abhängig, in dem das Reifezeugnis als Berechtigungsanspruch vorgelegt wird.

Außerdem ist eine Vereinbarung der Länder über die sog. mittlere Reife getroffen worden. Das Zeugnis der mittleren Reife wird in diesem Abkommen als Vorbedingung für den Eintritt in Berufe oder Berufsaufbahnen der mittleren Stufe des Berufsaufbaues betrachtet. Für den Erwerb der mittleren Reife wird im allgemeinen ein mindestens zehnjähriger Gesamtschulbesuch vorgeschrieben, der eine mindestens der preussischen Mittelschule entsprechende allgemeine Bildung verbürgt. Privaten Schulen, die den an gleichartigen öffentlichen Schulen gestellten Anforderungen entsprechen, kann ebenfalls das Recht zur Ausstellung des Zeugnisses der mittleren Reife verliehen werden.

Thüringer Koalitionsverhandlungen im Gange

Weimar, 8. April. (Tel.) Die Verhandlungen zwischen dem Landtagspräsidenten und den Regierungsparteien über die Ergänzung des Kabinetts sind, wie wir erfahren, bereits heute in Weimar aufgenommen worden.

Deutschland fordert Offenlegung des Rüstungsstandes

Das Rüstungssekretariat hat am Dienstag einen Brief der deutschen Regierung veröffentlicht, der sich mit der Offenlegung des Rüstungsstandes für die Abrüstungskonferenz beschäftigt. Die deutsche Regierung hält es für erforderlich, daß diese Frage auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung gesetzt wird, damit Vorkehrungen getroffen werden, daß die Rüstungsangaben der einzelnen Regierung nach einem einheitlichen Muster erfolgen. Nur so sei es, heißt es in dem Briefe der deutschen Regierung, möglich, die Überprüfungen der verschiedenen Länder miteinander zu vergleichen und den Vergleichenden, die sich aus diesem Vergleich ergeben, auf der Abrüstungskonferenz Rechnung zu tragen.

Die Untersuchung gegen die Wiener Attentäter

Wien, 8. April. (Priv.-Tel.) Die Wiener Presse meldet, daß sich die gerichtliche Untersuchung wegen des Attentats auf König Zogu von Albanien gegen 7 albanische Staatsbürger richtet. Unter diesen sind 2 ehemalige albanische Minister. Da auch Ermittlungen auf diplomatischem Wege notwendig sein werden, die Untersuchung demnach mindestens 2 Monate beanspruchen dürfte, kann der Prozeß nicht vor Mitte Juni erwartet werden.

Der Militäraufstand auf Madeira

Die Militärbehörden von Madeira teilten dem Vertreter des neuterischen Büros mit, daß die dortige militärische Junta mit der Bildung der gesamten Bevölkerung ihre Reserven mobilisierte, da die Möglichkeit bestehe, daß die Lissaboner Regierung versuchen werde, die Bewegung zu unterdrücken. Drei portugiesische Dampfer seien beschlagnahmt worden, um die Lebensmittelversorgung für die 200 000 Einwohner sicherzustellen. Sämtliche örtlichen Behörden seien durch andere ersetzt und der Zivilgouverneur sei abgesetzt worden. Das Ziel der Bewegung sei die Wiederherstellung der öffentlichen Freiheit.

Türkisch-persische Spannung?

London, 8. April. (Tel.) „Times“ berichtet aus Konstantinopel, daß Persien sich bereit erklärt habe, der Türkei den Kleinen Karat abzutreten, aber als Ersatz dafür einen großen Gebietsstreifen weiter südlich verlangen, den die Türkei nicht hergeben wolle. In den türkisch-persischen Beziehungen sei infolgedessen wieder eine Spannung eingetreten.

Bürgermeisterwahlen in Chicago

Chicago, 8. April. (Tel.) Bei den gestrigen Bürgermeisterwahlen, bei denen sich der bisherige Bürgermeister Thompson (Republikaner) und der Kandidat der Demokraten, Cermat, gegenüberstanden, ist Thompson unterlegen.

65jähriges Militärjubiläum des Reichspräsidenten. Reichspräsident von Hindenburg konnte am Dienstag den Tag seines 65jährigen Militärjubiläums feiern. Aus diesem Anlaß sind ihm zahlreiche Glückwünsche zugegangen.

Anklage gegen Selbte und Dillenberg. Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht 1 in Berlin hat, dem „Berl. Volk.“ zufolge, gegen die Vorsitzenden des Stahlhelms, Selbte und Dillenberg, wegen eines Auftrufs, den die Zeitung „Der Stahlhelm“ am 18. Januar 1931 veröffentlichte, Anklage auf Grund des § 5 Abs. 1 des Republikstrafgesetzes erhoben.

André Michelin †. Der bekannte französische Industrielle André-Jules Michelin, Mitinhaber der Kautschuk- und Pneumatikfabrik gleichen Namens — die bekanntlich gegenwärtig in Karlsruhe eine Fabrik baut —, ist im Alter von 79 Jahren in Paris gestorben. Zusammen mit seinem Bruder Edouard hatte er 1882 in Clermont-Ferrand sein Unternehmen gegründet, das heute sozusagen eine Monopolstellung am französischen Markt einnimmt. Michelin war der erste, der von 1888 an Gummireifen, zunächst für Fahrräder, produzierte. Er war daneben ein eifriger Förderer des Automobils und des Flugzeugs. Nach dem Kriege hat sich Michelin insbesondere durch seine Propaganda gegen den Gaskrieg hervorgetan.

Arbeiterausperrungen in Norwegen. Die Bemühungen, einen großen Arbeitskonflikt in Norwegen zu verhüten, sind fehlgeschlagen. Von heute, Mittwoch, abend an wird die Arbeit in einer großen Reihe von Industrien, darunter Eisen-, Maschinenbau-, Bergwerks-, Textil- und Bauindustrie sowie in den Druckereien der Provinzialblätter eingestellt werden. Insgesamt werden 43 000 Arbeiter betroffen. Den Grund der Arbeitseinstellung bildet der Konflikt in der Lohnfrage. Die Arbeitgeber haben angekündigt, daß sie vom 15. April an auch in anderen Industrien die Betriebe stilllegen werden; davon werden weitere 25 000 Mann betroffen.

Die englische Einladung

Schon vor Bekanntwerden der Sollunion beschlossen

London, 8. April. (Tel.) „Daily Telegraph“ schreibt: Die Einladung, die Macdonald und Henderson an den deutschen Reichskanzler und den Außenminister gerichtet haben, hat rein persönlichen Charakter. Der Premierminister und der Staatssekretär des Äußern haben in London Konferenzen mit den führenden europäischen Staatsmännern, Grandi und Briand, gehabt, hatten aber bisher noch keine Gelegenheit zu einer ähnlichen Zusammenkunft mit Dr. Brüning und Dr. Curtius. Sie wünschen, in informeller Weise mit ihnen zusammenzutreffen, um das Abrüstungsproblem und andere schwelende Fragen zu erörtern. Die Einladung war lange vor Bekanntwerden des Planes einer deutsch-österreichischen Sollunion beschlossen worden. Es trifft nicht zu, daß Briand und Grandi gleichzeitig nach London eingeladen werden sollten. Dafür soll eine andere Gelegenheit, die jetzt in Frage gestellte Unterzeichnung der englisch-französisch-italienischen Flottenvereinbarung, in London ausseren werden.

Berliner Pressestimmen

Das „Berl. Tagebl.“ weist daraufhin, daß ein Gedankenaustausch in einem zwangloseren Rahmen, als dies in Genf möglich sei, zustande kommen werde; auch sei es noch immer möglich, bis dahin eine Verständigung zwischen London, Paris und Berlin herbeizuführen. — Die „Voss. Zig.“ schreibt, es sei leichtsinnig, allzu große Hoffnungen auf die Besprechungen zu setzen. — Die „Kreuzzeitg.“ begrüßt die Gelegenheit, außerhalb von Genf die schwelenden europäischen Probleme zu besprechen. Der Besuch könne erfreuliche Wirkungen auslösen, wenn sich die deutschen Staatsmänner nicht einwickeln ließen und wenn England wirklich als ehelicher Mäxler auftreten werde.

Weitere französische Stimmen

Paris, 8. April. (Tel.) Die französische Presse kommentiert weiter die bevorstehende Begegnung von Queux, Borbely und dem englischen Außenminister. — Die „Populaire“ lobt die englische Regierung wegen des Besuchs, eine Änderung der traditionellen Methoden der Diplomatie herbeizuführen.

„Grellier“ glaubt nicht, daß Frankreich ausgeschaltet werden soll und warnt vor Nervosität. Frankreich habe keinen Grund, an der solidarischen Haltung Englands zu zweifeln. — „La République“ erklärt, Briand sehe lieber, daß der Völkerbund sich mit der deutsch-österreichischen Angelegenheit befasse. — „Avenir“ lehnt eine Vermittlerrolle Henderson ab. Ein Vermittler müsse unparteiisch sein. Henderson sei das weder in der Flottenfrage, noch in der französisch-deutsch-österreichischen Konfliktfrage. — „Figaro“ äußert die Befürchtung, das deutsch-österreichische Zollabkommen werde in Queux Billigung finden. — „Echo de Paris“ schreibt: Ob die Begegnung zu gnein oder zu viert stattfindet, Hendersons Einladung sei auf jeden Fall absurd. Eine Verständigung über die Abrüstung zu Lande würde doch nicht zustandekommen können, es sei denn, die Engländer kapitulierten völlig vor Brüning und Curtius.

Reichsverkehrsminister v. Guérard in Rom

Rom, 8. April. (Priv.-Tel.) Reichsverkehrsminister v. Guérard wird morgen mit dem vor zwei Monaten eingerichteten Keapel-Berlin-Express von Rom aus die Rückreise antreten. Das Interesse an der direkten Luftverbindung Berlin-Rom ist in der italienischen Hauptstadt sehr groß. Die deutschen Gäste sind dementsprechend anlässlich der Eröffnung dieser Linie von den italienischen Behörden besonders herzlich behandelt worden. So brachte der Dienstag dem Reichsverkehrsminister, der der von Papst zelebrierten Frühmesse in der Sixtinischen Kapelle beiwohnte, einen wohlgelegenen Flug vom römischen Seeflughafen Ostia nach Keapel, wo er in Begleitung des deutschen Vizekonsuls und Frau v. Schubert Gast des Flugkommandanten von Keapel war. Die Privataudienz des Reichsverkehrsministers am Dienstag war ein weiterer Höhepunkt. Der italienische Verkehrsminister hatte für Dienstag die deutschen Gäste zu einem Frühstück in die berühmte Villa d'Este in Livorno eingeladen. Den Dienstag verbrachte v. Guérard auf Wunsch der deutschen Kolonie in deren Kreisen. Heute abend wird der deutsche Vizekonsul beim Quirinal, Dr. v. Schubert, zu Ehren des Reichsverkehrsministers ein großes Diner geben, zu dem 40 Gäste geladen sind.

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich

Paris, 8. April. (Tel.) „Echo de Paris“ spricht von den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 13. Mai. Ein Mitarbeiter des Blattes will von Briand die Erklärung erhalten haben, daß er nicht kandidieren werde. Von den Kandidaten stünden in erster Reihe die Senatoren Lebrun, Berard und der Senatspräsident Doumer. Der andere Mitarbeiter des Blattes will wissen, Poincaré werde in erster Linie die Kandidatur von Lebrun unterstützen, jedoch, wenn Senator Berard im Verlaufe des Wahldrages sich als aussichtsreichster Kandidat herausstellen sollte, diesem seine Stimme geben.

Politische Mordtat in Paris

Paris, 8. April. (Tel.) In Paris wurde gestern ein in Lille wohnhafter Russe tot aufgefunden. Die näheren Nachforschungen führten zur Entdeckung einer Art Gaskenmaschine und zahlreicher Schriften und Druckfaden in russischer und deutscher Sprache. Man versucht, die Angelegenheit aufzuklären. U. a. wird behauptet, daß sie in irgendeinem Zusammenhang mit der Affäre Kutzoff steht.

Kleine Chronik

Der wegen verdächtigter Spionage zur Vernehmung nach Posen gebrachte polnische Sergeant Krul lief unterwegs auf die Bahnstrecke und zog seinen Begleiter Stepaniwicz mit sich. In diesem Augenblick brauste der Posenener Zug heran und überfuhr beide Personen. Die Leichen wurden bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.

Bei Tscheljabinsk ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem 10 Personen den Tod fanden. 51 Personen wurden verletzt.

In Palästina wurden auf eine Gesellschaft von 11 Juden, die nach Haifa zurückkehrten, von unbekanntem Täter mehrere Schüsse abgegeben. Zwei Männer und eine Frau wurden getötet, vier weitere Personen verletzt. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Nach einer Meldung der „Times“ sind in Managua bisher 975 Todesopfer des Erdbebens beklagt worden. Am Montag wurden aus den Trümmern eines Hauses zwei kleine Knaben noch lebend herbeigezogen. Sie waren eine volle Woche lebendig geblieben, und man befürchtet, daß sie infolge der ausgestandenen Schrecken den Verstand verloren haben.

Kurze Nachrichten aus Baden

Erdstürzungen im Gutachtal

Ob. Adorf, 7. April. In der Nacht von Ostermontag zu Osterdienstag entstanden auf dem sogenannten Wellblechweg, dem Gemeindegeweg von Adorf nach Rüben, an der Gemarkungsgrenze Adorf-Rüben große Risse und Senkungen. An vielen Stellen ist der Weg unterbrochen, stellenweise beträgt der Höhenunterschied zwischen den einzelnen Teilen des Weges 1,50 Meter. Nach Darstellung des Badischen Wasser- und Straßenbauamtes Donaueschingen haben sich an den Osthängen der Gutachtal Nisse im Gelände gebildet. Das Gelände wird von einem zusammenhängenden Riß scharf umgrenzt. Das Bewegungsgebiet beträgt 6-7 Hektar. Außer dem Umgrünungsriß sind verschiedene Querrisse etwa gleichlaufend mit dem Wellblechweg innerhalb dieses Gebietes entstanden. Die ganze Geländeoberfläche hat sich bis zum 6. April, auch gestern sind neue Senkungen eingetreten, um etwa 40 Zentimeter gesenkt und nach der Gutachtal vorgehoben. Diese ist an einigen Stellen merklich berengt und hat ihr Nachbette auf einer Länge von etwa 200 Meter erhöht. Der Höhenunterschied der Nachsohle an der Aufschüttung bei Adorf beträgt 4,75 Meter. Es besteht jedoch keine Gefahr für eine Überschwemmung von Adorf. Der Weg wurde behördlich gesperrt. Es handelt sich um ein Aufschüttungsgebiet, das vermöge seiner geologischen Beschaffenheit (Keuper) dauernd in Bewegung ist. Heute weist der Landesgeologe Schnarrenberger an der Senkungsstelle.

Heidelberg, 7. April. Wie die Mannheimer „N. Bad. Abg.“ meldet, wurde im Stadtteil Wieslingen am Samstag bei 18 Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei eine Hausdurchsuchung nach Waffen vorgenommen. Dabei ist aber nichts Belastendes gefunden worden. Die Durchsuchung erfolgte, wie das genannte Blatt weiter berichtet, auf anonyme Anzeige von rechtsparteilicher Seite hin.

Helmstadt (bei Sinsheim), 7. April. Über einen Motorradunfall, der drei Todesopfer forderte, werden folgende Einzelheiten bekannt: Der Gastwirt Karl Stadler von hier befand sich auf dem Rückweg von Hirsbach nach Helmstadt. Auf dem Sojus sah eine Verwandte von ihm, das Dienstmädchen Wäcker von Hirsbach, auf entgegengekehrter Richtung kam ein anderes Motorrad, gesteuert vom Gutswalter Heinrich Schäfer, Hofhof bei Mannheim, Sohn des Bürgermeisters Schäfer von Hirsbach. Die beiden Motorräder stießen auf der geraden überfrachten Straße zusammen. Alle drei

Verletzten wurden von später Vorbeikommenden bewußtlos aufgefunden und in das Bezirkskrankenhaus Neudorfsohseim verbracht. Bei der Entlassung starb der eine der Verletzten, der andere eine halbe Stunde später. Auch das Mädchen starb im Laufe des Sonntag. Wie das Unglück geschah, konnte niemand feststellen.

Ob. Forzheim, 7. April. Einer der bedeutendsten Forzheimener Industriellen, Emil Suedes, vollendet am 8. April sein 60. Lebensjahr. Er befindet sich augenblicklich im Krankenhaus, wo er sich einer Operation unterziehen mußte. Suedes gehörte von 1907 bis Kriegsende als Mitglied der National-liberalen Partei und Fraktionsführer dem Bürgerausschuß an. Nach der Staatsumwälzung ging er zur Deutschen Demokratischen Partei. Schon 1906 wurde Suedes in den Vorstand des Arbeitgeberverbandes berufen, dem er seither ununterbrochen, seit 8 Jahren als zweiter Vorsitzender, angehört. In der Handelskammer, die ihn gleichfalls seit Jahren zu ihren Mitgliedern zählt, fungiert er als Vizepräsident.

Ob. Fehlbach, 7. April. Die Baggerungen zur Verbesserung der Einfahrt in den Keller und den Straßburger Rheinhafen, die vor einem halben Jahr begonnen wurden, sind beendet.

Hl. Freiburg, 7. April. Die im vorigen Herbst eingerichtete Fernkraftstromverbindung Freiburg-Isolmang-Feldberg-Schaffhausen wird in diesem Jahre, da die Benützung nicht den Erwartungen entsprach, nicht wieder aufgenommen werden. Die Oberpostdirektion Konstanz hat eine entsprechende Verfügung erlassen.

Ob. Freiburg i. Br., 7. April. Der Direktor der Handwerkskammer in Freiburg, H. Eckert, hat auf den 1. Juli 1931 um seine Pensionierung nachgesucht. Er hat während 30 Jahren die Geschäfte der Kammer geführt. Als Nachfolger ist sein Sohn, Dr. H. Eckert, in Aussicht genommen.

Ob. Freiburg, 8. April. Aus der Kasse der hiesigen Kasino-lichtspiele sind 6400 RM verschwunden. Die Tat muß geschahen sein, als am Montagabend die Kassiererin nach Kassenschluß auf einen Augenblick den Kassenraum verlassen hatte.

Hl. Wolfach, 7. April. Am Abend des Ostermontag kam der Bandwirt Kornmaier, der den ganzen Sonntag über geachtet hatte, betrunken nach Hause und wurde deswegen von seiner Frau zur Rede gestellt. Darüber in Wut getrieben, nahm er eine Axt und schlug die Frau zu Boden. Die Verletzung durch den wuchtigen Hieb führte am Tage darauf zum Tode. Der Täter wurde verhaftet. Fünf Kinder beweinen die Schuld ihres Vaters.

Hl. Mühlheim, 7. April. Im Sanatorium „Schloß Hornegg“ ist Reichsfinanzminister Dr. Dietrich zu einem Kuraufenthalt eingetroffen.

Ob. Feldberg/Schwarzwald, 7. April. Am Mittwoch, den 8. April, vollendet das unter dem Namen „Feldbergmutter“ weithin bekannte Frä. Janny Mayer ihren 80. Geburtstag. Vor 50 Jahren war sie auf den Feldberg gekommen, wo ihr Bruder, Carl Mayer, das „Kurhaus Feldberg“ gepachtet hatte, und war in unermüdlicher und zielbewußter Arbeit eine treue Helferin und gute Mutter für Personal und Gäste geworden. Auch heute noch, nachdem aus dem bescheidenen Gasthof ein Hotelgroßbetrieb geworden ist, nimmt sie in voller körperlicher und geistiger Frische Anteil an ihrem Werk.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Planmäßig angestellt:

Pflegeinrichterin Luise Funker an der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Ernannt:

Pflegeinrichterin Luise Funker an der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch zum Oberpfleger; Regierungsdirektor Max Ramm beim Bezirksamt Emmendingen zum Regierungsrat.

Versetzt:

Die Veterinärärzte als Bezirksveterinär Dr. Otto Boffert in Donaueschingen nach Schönau, Dr. Heinrich Mittelmann in Bonndorf nach Donaueschingen und Dr. Hans Stegmaier in Schönau nach Bonndorf.

Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:

Polizeioberleutnant Jakob Bühler in Forzheim.

Entlassen auf Ansuchen:

Landesökonomierat Dr. Franz Josef Schwörer in Freiburg.

Finanzministerium

Zur Ruhe gesetzt:
Bauoberinspektor Wilhelm Wiesler beim Bezirksbauamt Heidelberg.

Öffentliche Verbandspartasse Osterburten

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva:		Passiva:	
Raffensbestand	6 492,91	Spareinlagen	816 335,95
Guthaben bei Girozentrale und Postsparkasse	57 725,38	div. a. Aufwertung	288 058,61
Wechselbestand	25 525,80	Giroeinlagen	115 078,21
Kontokorrentkredit	137 943,10	Kontokorrenteinlagen	7 139,83
Bertpapiere	4 482,25	Reichsfondskreditmittel	36 089,08
Hypothekendarlehen	401 145,28	Gefehl. Rücklage	50 770,18
Einlage beim Spargiroverband	22 900,—	Zuweisung aus Reingewinn 1930	695,23
Grundstückskaufgeber	168 706,93	Sonderrücklage aus Reingewinn 1930	7 000,—
Schuldscheindarlehen	110 753,42		
Kapitalanlagen a. Sonderrückmitteln	36 089,08		
Giroüberziehungen	8 418,60		
Einnahmerückstände	29 787,82		
Verwaltungsgebäude	51 000,—		
Gerätschaften	2 500,—		
Aufwertungsforderungen	145 699,63		
Aufwertungsabrechnungsfonto	112 016,89		
	1 321 167,09		1 321 167,09

Berechnung der Rücklage:

Als gesetzliche Rücklage:
5% aus 931 414,16 RM Einlagen 46 570,70 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 51 465,41 RM
Somit mehr 4 894,71 RM
Als Sonderrücklage 7 000,— RM

Osterburten, den 23. März 1931. R.376

Der Verwaltungsratsvorsitzende: Bauer, Bürgermeister. Der Geschäftsleiter: Badenbach

Gemeindesparkasse Dielheim

(Öffentliche Sparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen		Schulden	
1. Raffensbestand	1 764,87	1. Spareinlagen	317 011,25
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale u. Postsparkasse	28 907,96	2. Aufwertungsgegenstände	110 928,62
3. Bertpapiere	900,—	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	36 368,76
4. Darlehen auf Hypotheken	271 700,—	4. Rücklagen:	
5. Darlehen auf Schuldscheine an Private	113 991,30	a) gesetzl. Reservefonds	24 615,66
6. Aufwertungsgegenstände:		b) Sonderrücklage	11 511,70
a) Hypotheken u. Schuldscheine	69 626,74	5. Reingewinn vom Jahre 1930	9 699,68
b) Ausgleichsforderung an die bürgende Gemeinde	18 309,54		
7. Einnahmerückstände	4 934,26		
8. Gerätschaften	1,—		
	510 135,67		510 135,67

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 353 380,01 RM Einlagen = 28 270,40 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 45 827,04 RM
Somit mehr 17 556,64 RM

Dielheim, den 28. März 1931. R.362

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Knopf, Bürgermeister. Der Geschäftsleiter: Frey

Deutsche Beamten - Krankenversicherung, V. a. G. Koblentz-Rhein

Familienkrankenkasse mit zur Zeit rund 300000 Versicherten

Freie Arztwahl / Behandlung als Privatpatient, also kein Krankenschein / Keine Nachschußpflicht / Beitragsrückgewähr

Keine jährliche Höchstgrenze und keine zeitliche Beschränkung für Krankenhilfe, Krankenhausbehandlung und Arzneimittel

Aufnahme mit Sterbegeld bis zum 60. Jahre, ohne Sterbegeld bis z. 70. Jahre

Drucksachen und Auskunft kostenlos von der L.11

Bezirksverwaltung für Baden in Mannheim, Rathaus

Bezirksparkasse Gernsbach

Öffentliche Sparkasse unter Bürgerschaft von 19 Murgalgemeinden

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Vermögen:		Verbindlichkeiten:	
1. Raffensbestand	20 983,84	1. Spareinlagen	5 352 884,87
2. Guthaben bei Girozentrale u. Postsparkasse	412 332,66	2. Aufwertungsgegenstände	894 137,80
3. Bertpapiere	290 250,—	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	872 334,29
4. Wechsel	24 446,40	4. Ausgaberrückstände	29 693,60
5. Darlehen a. Hypotheken	3 307 550,48	5. Rücklagen:	
6. Darlehen in laufender Rechnung	946 787,75	a) gesetzl. Reservefonds	284 439,50
7. Darlehen auf Schuldscheine	813 089,95	b) Sonderrücklage	132 000,—
8. Darlehen a. Gemeinden	726 884,—	c) Konto-Korrentkreditversicherungsfonds	30 000,—
9. Aufwertungsgegenstände (darunter Bertpapiere zum Rennerwert eingekauft) Kursdifferenz per 31./12. 30	155 120,22	d) Aufwertungsabrechnungsfonto	198 749,62
10. Einnahmerückstände	29 727,09	*) hierauf ist die Kursdifferenz per 31./12. 30 mit 155 120,22 RM noch abzuziehen	
11. Grundstücke u. Gebäude	261 501,—	6. Reingewinn vom Jahre 1930	26 821,45
12. Gerätschaften	1,—		
13. Stückzinsen	31 630,55		
	7 821 061,13		7 821 061,13

Berechnung der Rücklage

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 6 225 219,16 RM Einlagen 311 260,95 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 311 260,95 RM
Somit Unterschied — RM

Gernsbach, den 26. März 1931. R.378

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Kenges, Bürgermeister. Der Geschäftsleiter: Karl Ganter.

Wir werben für Sie!

Druck G. Braun, Karlsruhe.

PORPHYRWERK DOSENHEIM

HANS VATER
DOSENHEIM a.D. BRUNNEN

LIEFERT AUS SCHLOSS V
HECKENMARKBRUCH
ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU- MATERIAL

Karlsruhe, A.592

Güterrechtsregisterinträge:

1. Zu Band II, Seite 72: Ranzmann Christian, Fuhrwerksführer, Karlsruhe und Anna geb. Wiedemaier. Vertrag vom 6. März 1931. Gütertrennung.

2. Seite 73: Oswald Ernst, Modelleur, Karlsruhe und Nina geb. Geigle. Vertrag vom 10. März 1931. Gütertrennung. 30. III. 31.

3. Seite 74: Hubiler Eugen, Schuhmachermeister, Karlsruhe und Sofie Elisabeth geb. Birbaß. Vertrag vom 23. März 1931. Gütertrennung. 31. III. 31.

4. Seite 75: Oahn Emil, Buchbinder, Karlsruhe und Nina geb. Schlegel. Vertrag vom 9. März 1931. Gütertrennung. 1. IV. 31.

5. Seite 77: Rappier Karl Hermann, Buchdruckmaschinenmeister, Karlsruhe und Elise geb. Ehrmann. Vertrag vom 11. Februar 1931. Gütertrennung. 4. IV. 31.

Amtsgericht Karlsruhe.